

Offener Brief

an Franz Müntefering
Bundesminister für Arbeit und Soziales
Mohrenstr. 62
10117 Berlin

Bonn, den 21.02.07

Sehr geehrter Herr Bundesminister Müntefering,

hiermit verleiht Ihnen die Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn / Rhein-Sieg aus Anlass unseres sechsten arbeitsmarktpolitischen Aschermittwoches vor der Bonner Agentur für Arbeit die „saure Gurke“. Wir überreichen Ihnen diese „Auszeichnung“ in der Anlage (siehe Tupperdose). Sie haben sich diesen Preis redlich verdient durch Ihr politisches Werk in Taten und Worten, nicht nur in Ihrem Amt als zuständiger Bundesminister im zurückliegenden Kalenderjahr, sondern auch als SPD-Parteivorsitzender und als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Zeit der Rot-Grünen Koalition. Wir würdigen mit diesem Preis Ihre politische Gesamtleistung in den letzten Jahren, die Sie im vergangenen Jahr durch ein aufsehenerregendes „Tätärätätä“ gekrönt haben.

Alljährlich zu Aschermittwoch verleiht die Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn / Rhein-Sieg die „saure Gurke“, um damit eine öffentlich wirkende Persönlichkeit auszuzeichnen, die sich im zurückliegenden Jahr durch einen hervorragenden Beitrag zur „Beleidigung, Ausgrenzung oder weiteren Verschlechterung der sozialen Lage der Erwerbslosen“ hervorgetan hat (vgl. Geschäftsbericht 2001-2005 des DGB Bonn / Rhein-Sieg / Oberberg, S. 51). Die vorhergehenden Preisträger waren Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesminister Wolfgang Clement, Michael Rogowski (damals BDI-Präsident), Dr. Peter Hartz sowie Peter Clever (Arbeitgeber-Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit). Somit befinden Sie sich in illustrier Gesellschaft.

Folgende Gründe waren ausschlaggebend, Sie mit der „sauren Gurke“ auszuzeichnen:

1. Ihre arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Weisheiten sind inzwischen Legende: „Nur wer arbeitet, soll auch essen“ (Zeit online, 10.05.2006). Daraus schließen wir, dass Sie seit 2005 nichts dazugelernt haben. Denn schon damals haben Sie sich durch ähnlichen Unfug hervorgetan (ZDF- Sommerinterview v. 14.07.2005).

Die Schwächsten im System, die nichts dafür können, sollen mal wieder an ihrem Schicksal selbst schuld sein. U.a. haben Rationalisierung und Automatisierung das Angebot an Arbeitsplätzen weit unter die Nachfrage gedrückt. Offenbar scheint es noch Ihre Vorstellungswelt zu sein, dass Vollbeschäftigung erreichbar und Sie den Königsweg zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit kennen. Wirksame Beiträge hierzu haben Sie allerdings bisher vermissen lassen. Statt dessen haben Sie daran mitgewirkt, dass Langzeitarbeitslose unter Ausnutzung ihrer sozialen Notlage in sogenannte Ein-Euro-Jobs drangsaliert werden, auch mit dem Effekt, die offiziellen Arbeitslosenstatistiken zu „schönen“.

2. Im Oktober 2006 brillierten Sie mit dem bemerkenswerten Bonmot: „Der Begriff Unterschicht ist ein Begriff von lebensfremden Soziologen“. Sie fügten hinzu: „Es gibt keine Ober- und Unterschichten hier, sondern es ist eine Gesellschaft und wir sind gut beraten, sie nicht auseinanderfallen zu lassen“ (Financial Times Deutschland v. 16.10.2006). Zweifellos haben Sie mit dieser Bemerkung dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Sozialpolitik und dem Bestreben in Sachen sozialer Gerechtigkeit der Altvorderen der Sozialdemokratie seit den Tagen August Bebels einen Bärendienst erwiesen. Auch führende Mitglieder der SPD waren verduzt und fragten sich: Haben Sie wirklich nicht in der Schule aufgepasst? Haben Sie wirklich nie soziale Statistiken mit wacher Aufmerksamkeit gelesen? Haben Sie nicht die Grundbegriffe der Sozialwissenschaft mitbekommen, wonach mit der Beschreibung der sozi-

alen Realität keine Abwertung von Menschen oder sozialen Gruppen verbunden ist? Oder haben Sie Ihr Wunschbild einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ so verinnerlicht, dass Sie es mit der Realität verwechseln? Jedenfalls hat es immer in der alten BRD ebenso wie im wiedervereinigten Deutschland eine Unterschicht gegeben, d.h. große Gruppen, denen der Zugang zu den materiellen und kulturellen Gütern und zu der Chance sozialen Aufstiegs verwehrt worden ist. Zu dieser Gruppe gehören ganz sicher die Erwerbslosen, insbesondere die Langzeiterwerbslosen. Soziale Ausgrenzung und eine verfestigte Lage im sozialen „Unten“ dieser Gesellschaft sind Fakt. Wer das nicht mitkriegt, hat eigentlich die Legitimität verloren, eine realitätsbezogene Sozialpolitik „bei uns hier“ zu machen, weil er die Chancengleichheit in dieser Gesellschaft gar nicht mehr wahrnimmt.

3. Aber nicht nur durch Ihre verlautbarten Weisheiten haben Sie sich hervorgetan, sondern durch Ihre die Erwerbslosen in besonderer Weise treffenden Taten. Wir können hier nicht alle gesetzliche Regelungen benennen, da dies den Rahmen unserer Würdigung Ihrer Verdienste sprengen würde.

Da wäre zunächst das „Erste SGB II-Änderungsgesetz“ vom 17.02.2006, in dem unter Ihrer Federführung u. a. folgende Härten verfügt wurden:

- Halbierung der Beiträge zur Rentenversicherung mit der Folge verschärfter Altersarmut
- Ausweitung der Bedarfsgemeinschaft auf unter 25jährige
- Kürzung der Regelsätze für unter 25jährige auf 80 % des Regelsatzes in der Bedarfsgemeinschaft
- faktisches Umzugsverbot für unter 25jährige
- Gewährung von Leistungen nur auf Darlehensbasis (z.B. bei nicht direkt verwertbarem Vermögen) bei dinglicher Sicherung des Rückzahlungsanspruches

Doch damit nicht genug: Mit dem „Fortentwicklungsgesetz“ setzten Sie Ihrer ohnehin menschenverachtenden Sparpolitik zu Lasten sozial Benachteiligter eine weitere Krone auf. Hier dürfen wir nur auf folgende ausgewählte Zumutungen für Erwerbslose hinweisen:

- verschärfte Sanktionsregelungen inklusive Kürzung der Kosten der Unterkunft und damit drohende Obdachlosigkeit
- Versuch der Definition einer „Einstandsgemeinschaft“ im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes
- Versuch der Umkehr der Beweislast für so genannte Einstandsgemeinschaften
- erhöhte Anforderungen bezüglich der Erreichbarkeit Erwerbsloser
- Einbeziehung von eheähnlichen und ehelichen Stiefeltern in die Unterhaltspflicht gegenüber dem Kindern des Lebenspartners
- Absenkung des allgemeinen Vermögensfreibetrages um 50 Euro auf 150 Euro pro Lebensjahr
- „Sofortangebote“ um Leistungszahlungen zu vermeiden
- unklare Zuständigkeit bei Unsicherheit hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit

Dies alles beweist, dass Sie nicht davor zurückschrecken, Ihren schon kaum glaublichen Worten in ihren Auswirkungen noch weit schlimmere Taten folgen zu lassen.

4. Durch die von Ihnen maßgeblich geförderten und mitverantworteten Hartz IV-Gesetze sind Millionen von Menschen in Deutschland in Armut gestürzt worden. Sie müssen meist dauerhaft von einem Regelsatz leben, der zum Sterben zu viel sein mag, aber zum Leben in jedem Fall zu wenig ist. Fest steht, dass Sie damit Millionen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen haben. Dies obwohl Ihnen bekannt ist, dass genügend gesellschaftlicher - nur eben ungerecht verteilter - Reichtum vorhanden ist. Sie haben dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Störung des sozialen Friedens geleistet. Damit verbunden ist, dass die ohnehin weite Schere zwischen arm und reich weiter aufgegangen ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass Sie die Gewährung von Leistungen an die Bereitschaft zur Aufnahme von Arbeitsverhältnissen jeglicher Art gebunden haben. Dies obwohl Sie wussten, dass es diese Arbeitsverhältnisse zum größten Teil nicht gibt und auch auf absehbare Zeit nicht geben wird. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz gefunden haben, befinden sich nun häufig in prekären Arbeitsverhältnissen, mit denen sie sich und ihre Angehörigen nicht ernähren können und auf ergänzende Leistungen angewiesen sind und bleiben werden.

Besonders nachteilig wirken sich diese Gesetze auf diejenigen aus, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Über 2,5 Millionen Kinder – wahrlich ein „stolzer“ Rekord – sind auf Leistungen in Höhe der Sozialhilfe angewiesen. Nicht nur dass Kinder bis 14 Jahre für Spielsachen nur 0,76 Euro pro Monat zur Verfügung haben. Nein mehr noch: Sie sind auch für den Skandal verantwortlich, dass sich im reichen Deutschland nicht alle Familien die notwendigen Schulsachen für Kinder leisten können, denn mit 1,62 Euro pro Monat für Schreibwaren kann gerade ein Heft und ein Radiergummi gekauft werden. Für den darüber hinausgehenden Bedarf wie Zirkel, Zeichenblock, etc. steht kein Geld zur Verfügung, es sei denn, dies wird buchstäblich vom Mund abgespart.

So weit sind wir in Deutschland durch maßgeblich von Ihnen mitgestaltete „sozialdemokratische“ Politik gekommen, dass Bildung wieder vom verfügbaren Geld abhängt. Ihre Politik des Sozialabbaus wird insbesondere auf dem Rücken von Kinder ausgetragen: Von Chancengleichheit also keine Spur!

Aus den genannten Gründen überreichen wir Ihnen die „saure Gurke“. Wir wünschen Ihnen einen guten Appetit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn / Rhein-Sieg

V.i.S.d.P.: Horst Lüdtke, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn/ Rhein-Sieg, c/o Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft StV Bonn, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn